



Göttinger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für Frieden und Abrüstung e.V.

— DER VORSTAND —

Pressemitteilung: Nukleare Abschreckung trotz Atomwaffenverbots

Die Bundesregierung bekennt sich nachdrücklich zum Ziel einer nuklearwaffen-freien Welt. Dies versichert das Auswärtige Amt in einem Antwortschreiben an die "Göttinger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Frieden und Abrüstung". Der Verein hatte Bundesaußenminister Kinkel in einem offenen Brief (das GT berichtete am 21.9.96) aufgefordert, sich intensiv für Vertragsverhandlungen einzusetzen, die möglichst bald zu einer weltweiten Abschaffung von Atomwaffen führen. Die Wissenschaftler nahmen dabei Bezug auf ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, demzufolge ein Einsatz von Atomwaffen und sogar bereits die Drohung damit gegen geltendes humanitäres Völkerrecht verstößt.

Die Bundesregierung begrüße dieses Gutachten "als wichtigen Beitrag und Impuls für weitere Bemühungen um nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung", erklärt das Auswärtige Amt in seinem Brief. Sie habe sich "seit jeher gemeinsam mit ihren Verbündeten und Partnern nachdrücklich für eine Reduzierung der Nuklearwaffen in der Welt eingesetzt". Dies widerspricht jedoch der Stellungnahme des deutschen Regierungsvertreters während der vorausgegangenen Anhörung vor dem Internationalen Gerichtshof. Dort hatte der Direktor der Juristischen Abteilung des Auswärtigen Amtes davor gewarnt, ein Rechtsgutachten zum Einsatz von Atomwaffen zu erstellen, weil dadurch der heikle Verhandlungsprozeß über nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung beeinträchtigt werden könne.

Aufgrund der völkerrechtlichen Klarstellung aus Den Haag hatte der Göttinger Verein in seinem offenen Brief nicht nur Schritte zur nuklearen Abrüstung gefordert, sondern auch eine grundlegende Änderung der deutschen Verteidigungspolitik. Denn wenn bereits die Androhung eines Atomwaffeneinsatzes gegen geltendes Völkerrecht verstößt, ist auch die Doktrin der nuklearen Abschreckung illegal. Deutschland macht sich demnach mitschuldig, wenn es sich weiterhin auf die Drohung mit den Atomwaffen seiner Bündnispartner stützt, hatten die Wissenschaftler festgestellt. Dazu äußerte sich das Auswärtige Amt jedoch nicht. Der Verein will deshalb eine weitere Stellungnahme anmahnen.

Ber Rückfragen: